

# OSTDEUTSCHE BAU-ZEITUNG

VEREINIGT MIT DEUTSCHE BAUGEWERBE-ZEITUNG-LEIPZIG

BRESLAU

30. Jahrgang

Breslau, den 19. Mai 1932

Nummer 20



Alexwangen, Kr. Flatthausen. Landarbeitersiedlung. 10 Landarbeiter-Eigenheime mit je 1 1/4 Morgen, die Vergrößerung der Ländteils auf 6 Morgen teilweise im Anliegersiedlungsverfahren erfolgt.



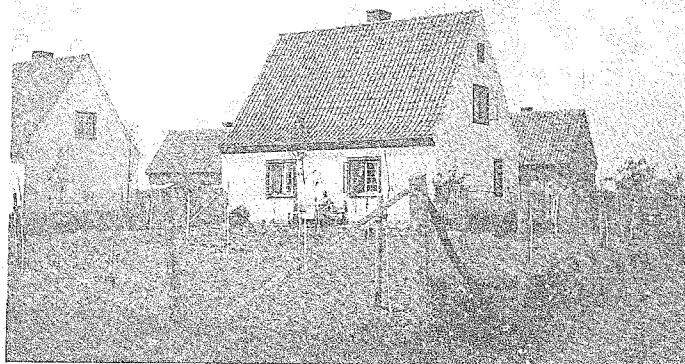
Steinbeck. Landkreis Königsberg. 10 Eigenheime für Landarbeiter und ländliche Handwerker mit 1 1/4 Morgen

## Landarbeiter-Eigenheime der Ostpreussischen Heimstätte.

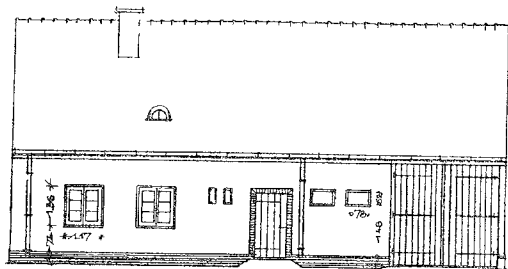
Ein Beitrag und Erfahrungsbild zur landwirtschaftlichen Erwerbsiedlung.

Die Primitivsiedlungen stehen gegenwärtig im Vordergrund des Interesses. Stadtrand-siedlungen, Gartenbausiedlungen, landwirtschaftliche Siedlungen, all das sind die Schlagworte, mit denen heute operiert, probiert und propagandiert wird. Im Anschluß an eine Reihe mehr oder weniger schöne, brauchbare und rentable Vorschläge wollen wir nun ein Beispiel veröffentlichen, das seine Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit bereits praktisch bewiesen hat.

In der ostpreussischen Ebene, die bevorzugt von der Landwirtschaft besiedelt ist, war die Notwendigkeit gegeben, den Landarbeitern zur Lohnarbeit in der Nähe der Arbeitsstellen einen Zusatzverdienst zu schaffen. Die wirtschaftlichen Forderungen sind hier also ähnlich wie bei der Stadtrand-siedlung. Solange die Lohnarbeit dem Landarbeiter einigermassen gesichert war, erwiesen sich 2 bis 4 Morgen als zureichend, um seine Existenz im Ganzen

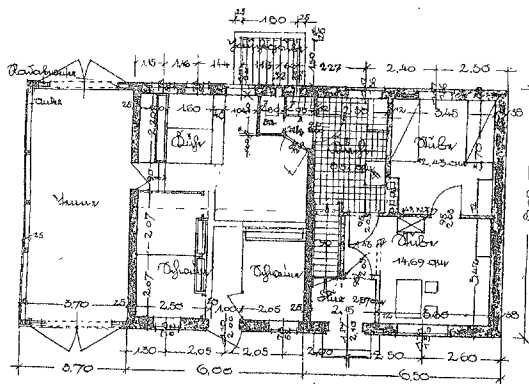


sicher zu stellen. Aus dem Lehnverdienst konnten 25,— bis 30,— RM. monatlich für Zinsen und Abgaben aufgebracht werden. Was zur Lebensnotdurft sonst noch gehörte, ließ sich aus der Ertragslosen des Landes bestreiten. Die Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse machte es notwendig, den Eigenheimler unabhängiger zu machen. Man bemüht sich deshalb, die Landzulage demgemäß auf 10 und mehr Morgen zu vergrößern, womit erreicht werden kann, daß der Siedler auch für die Zeit aussetzender Beschäftigung in seiner Existenz nicht unmittelbar gefährdet wird. An die Auslegung der Stellen mit vergrößerter Landzulage bis zur Größe einer kleinbäuerlichen Wirtschaft knüpft sich die Möglichkeit für den Stelleninhaber, aus der staatlichen Wohlfahrtsfürsorge auszuscheiden. Um dem Siedler die Finanzierung und die Übernahme seiner Stelle möglichst zu erleichtern, ist es ihm überlassen, sich außer mit Barzahlungen auch mit Eigen-

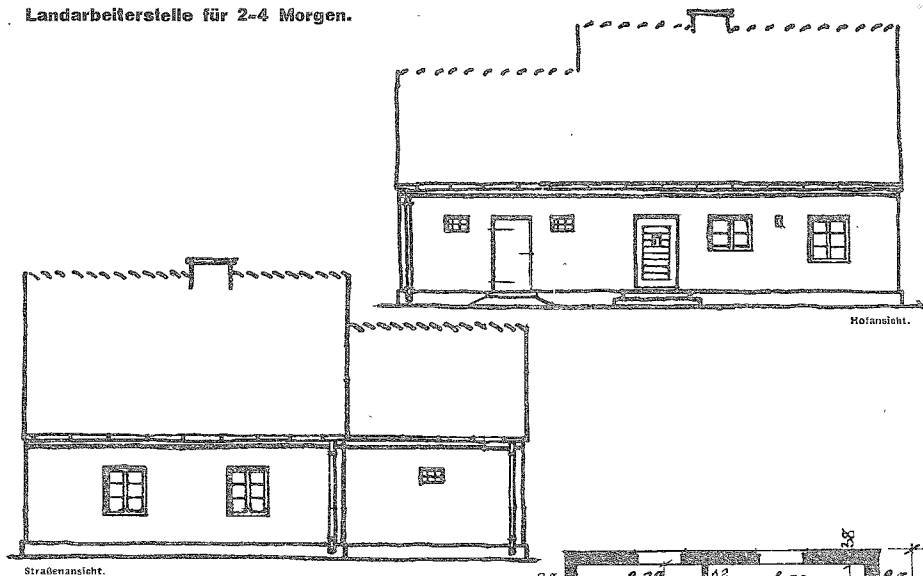


Langsicht.

### Eigenheimstelle mit größerer Landzulage.



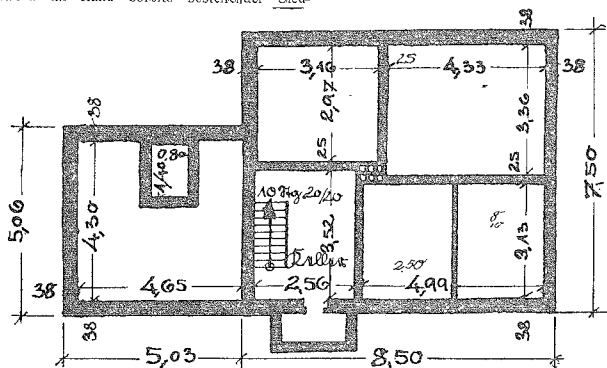
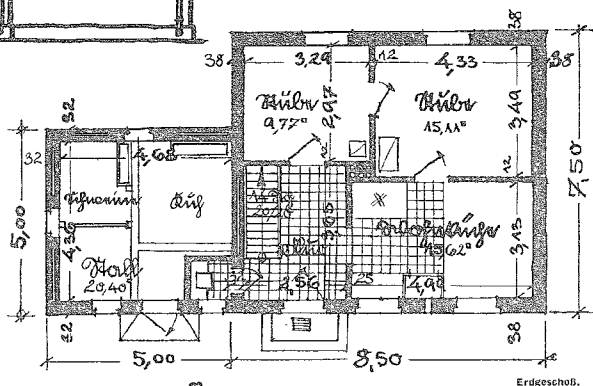
**Landarbeiterstelle für 2-4 Morgen.**



Verfügung stehenden Mittel in der Regel für die Baukosten aus.

Die angeführten Beispielfälle sind sämtlich unter der Trägerschaft der Ostpreussischen Heimstätte durchgeführt, die sich im besonderen um die Beschaffung und Aufteilung des Siedlungsgeländes bemühte. Die Gebäude sind in Ziegelmauerwerk ausgeführt worden. Der Grundriß läßt erkennen, daß die Räumlichkeiten einer Landarbeiterfamilie einen angenehmen Aufenthalt sichern. Die Anlage entbehrt in hegriffsvoller Weise unangebrachter Primitivität.

Es wäre wünschenswert, wenn sich die für die Erwerbslosensiedlungen eingesetzten behördlichen Stellen vor Aufstellung der Richtlinien an Hand bereits bestehender Sied-



**Landarbeiterstelle  
für 2-4 Morgen.**

## Kostenanschläge und ihre Bezahlung.

Wir haben keine Arbeit, also keine Aufträge, aber Kostenanschläge werden von uns immer wieder verlangt, oft auch Zeichnungen.

Früher hat man sich um die Bezahlung der Kostenanschläge im allgemeinen gar nicht gekümmert. Es war sicher, daß auf den Kostenanschlag die Auftragserteilung erfolgte. Wenn in Einzelfällen ein Auftrag nicht zustande kam, unterblieben Weiterungen. Es war selten zu hören, daß es wegen eines nicht bezahlten Kostenanschlages zu einem Prozeß gekommen wäre.

Heute ist das anders. Die Ausfertigung von Kostenanschlägen hat zugenommen, obgleich es, wie eingangs erwähnt, Arbeits- und Auftragsmangel gibt. Das Orientierungsbedürfnis ist groß, und wenn die Kostenanschläge gemacht sind, wird man lange Zeit hinsichtlich des Auftrages vertröstet. Der Arbeitsmangel hat die Bewerber um die in Aussicht stehenden und zumelst nur unattraktiven Aufträge so stark angewachsen lassen, daß selbst bei den allergeringsten Projekten unzählige Bewerbungen vorliegen. Natürlich ist in allen Fällen der Kostenanschlag höchst der Zeichnung zunächst das wichtigste, denn man will einerseits die Konkurrenz aus dem Felde schlagen, oder andererseits den freiwilligen Rücktritt derjenigen Bewerber erzwingen, die noch in der Ungunst der Zeit noch auf gute Preise halten. Daraus entwickelt sich ein Unmut, der eigentlich kaum mehr zu ertragen ist.

Nun ist die Frage vielfach ventiliert worden, ob man das Recht habe, sich einen Kostenanschlag honorieren zu lassen. An sich erscheint die Frage müßig, denn letzten Endes ist jede Arbeit ihres Lohnes wert. Aber es spielen hier Dinge aus der Vorkriegszeit mit, bei denen — wohlgerne: bei ganz veränderter Lage des Arbeitsmarktes — nicht der Kostenanschlag, sondern die Übertragung der Arbeit das wichtigste war. Hierie aber ist, wie wir bereits feststellten, der Kostenanschlag das wesentliche, und seine Bezahlung muß daher selbstverständlich sein.

Nun gibt es im Kreise der Auftraggeber (zwischen privaten und öffentlichen Auftraggebern braucht hier kein Unterschied gemacht

zu werden!) viele, die frühere Verhältnisse auf die Gegenwart übertragen und die Bezahlung von Kostenanschlägen gatt ablehnen. Daraus entwickeln sich dann sehr häufig Klagen, und bei diesen verlangen die Gerichte regelmäßig den Nachweis dafür, daß die Bezahlung der Kostenanschläge handelsüblich ist.

In einem solchen Falle wurde kürzlich von einem schlesischen Gericht die Industrie- und Handelskammer Schweidnitz um gutachtliche Aeußerung ersucht. Die Kammer setzte sich mit den maßgebenden Fachgeschäften ihres Bezirkes in Verbindung und erstattete dann ein Gutachten, daß Kostenanschläge zu honorieren seien, wenn es sich dabei um vorherige zeitraubende Feststellungen, insbesondere Abmessungen und dgl. gehandelt hat. Wenn dagegen nur die Einsetzung von Preisen in die sogenannten Kostenanschlagsblanketts erfolgt ist, so kann handels- und branchenüblich ein Honorar nicht beansprucht werden.

Wir haben keine Veranlassung, die Richtigkeit des Gutachtens anzuzweifeln. Aber wir wandern uns trotzdem, daß ein solches Gutachten erstattet worden ist. Es hat für die allgemeine Praxis absolut keinen Wert, denn es wird nichts an der Tatsache ändern, daß man auch weiterhin die Bezahlung von Kostenanschlägen ablehnt. Wir würden es für richtig halten, wenn die deutschen Handels- und Handwerkskammern endlich sich zu einer einheitlichen Aeußerung dahin verstünden, daß Kostenanschläge in jedem Falle zu bezahlen sind, auch dann, wenn hinterher die Auftragserteilung erfolgt. Mit einem solchen Gutachten würde sofort die seit Jahren bestehende Unsicherheit zu beseitigen sein, und die Gerichte wären in allen Prozessen in der Lage, sich darauf zu stützen. Wir haben sogar die Hoffnung, daß beim Vorliegen eines solchen einheitlichen Gutachtens die Prozesse wegen der Bezahlung von Kostenanschlägen sich wesentlich verringern würden.

Dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag sowie dem Deutschen Handwerkskammertag wird die Anregung recht sehr ans Herz gelegt.

H. D.

## Kleinigkeiten an Fachwerksbindern.

Unter dieser Überschrift hat in Nr. 14. vom 7. April ds. Js. Herr Maurermeister P. Jost sehr Beachtliches über die ingenieurmäßige Berechnung und Ausbildung von Fachwerksbindern aus Holz ausgeführt, und dabei auf einen Artikel des Verfassers dieser Zeilen in Nr. 11 des Jahrganges 1931 Bezug genommen. Besonders wird auf die Ausbildung der Auflagerknotenpunkte hingewiesen, und dem Auflager nach Abb. 6 meines Aufsatzes ein gleichartig ausgeführtes Auflager zur Seite gestellt, das im schneereichen Winter 1928/29 völlig versagt hat.

In welcher Art das Auflager zu Bruch gekommen war, ist in Abbildung 1 des angezogenen Artikels vom 7. 4. dargestellt; der über den Ringdübel liegende Teil des Vorholzes ist durch die nach außen wirkende wagrechte Schubkraft des angeschlossenen Obergerüstes glatt abgesciert worden. Die Abbildung wird durch die Erklärung ergänzt, daß unterhalb und vor den Versatzungen das Holz des Untergerüsts durch die Ringdübel-Ausfräsung stark geschwächt war.

Es hat sich also bei dem von argen Maßgeschick betroffenen Binder zweifellos um Ringdübel gehandelt, zu deren Einbau Vorfräsung erforderlich war. Dieses verunglückte Auflager gleicht daher dem in Abb. 6 meines Aufsatzes dargestellten Auflager zwar im Bilde, keineswegs aber in seiner Ausführung, denn bei diesem sind „Alligator“-Zahnringdübel verwendet, die ohne Vorfräsung eingebaut und nur durch das Anziehen der Bolzen in das Holz eingepreßt werden. Die prankenartig ausgebildeten Zähne des „Alligator“ zerschneiden beim allmählichen Eindringen ins Holz auch nicht alle betroffenen Fasern, sondern verbiegen diese nur zumeist und drängen sie zwischen den Zähnen zu dichten Fasersträngen zusammen. Eine Schwächung der verbundenen

Von Dr. phil. V. Hörtig, Bauingenieur, Breslau.

Holzquerschnitte erfolgt mitlän nicht, was umsomehr als Vorteil anzusprechen ist, als Vorfräsungen bei der Ausführung sehr leicht noch tiefer ausfallen können, als es die Höhe der ungezählten Ringdübel tatsächlich erfordert.

Herr Maurermeister Jost zeigt weiterhin in Abb. 2 seiner Ausführungen, wie die Nachteile des zu Bruch gegangenen Auflagers durch Einfügen eines besonders hohen Futterholzes in sehr geschickter Weise vermieden werden können, und führt endlich in Abb. 3 eine Auflagerkonstruktion vor, die unter Verwendung „altbewährter Zimmerkonstruktionselemente“, insbesondere schräg gestellter Hartholzkelle, zweifellos hohe Festigkeit mit großer Sicherheit verbindet.

Nahezu am gleichen Tage, an dem diese sehr beachtenswerten Vorschläge des Herrn Jost in vorliegender Zeitschrift erschienen sind, hat der Verfasser dieser Zeilen im „Deutschen Zimmermeister“ Auflagerknotenpunkte von besonderer Ausbildung behandelt; sie werden im folgenden dargestellt.

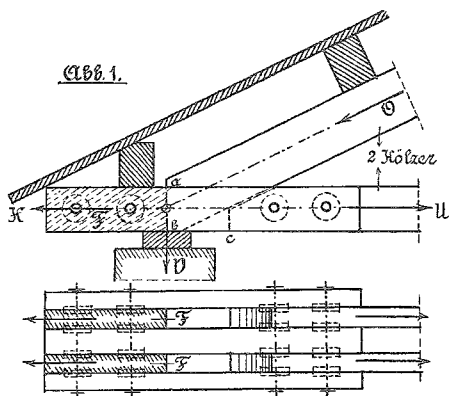
Diese Auflager sind von großer Einfachheit, vermeiden unständliche Arbeit und alle Schwierigkeiten mehrfacher Versätze, lassen die Aufnahme und Übertragung der Kräfte klar übersehen, und gestatten die Berechnung der erforderlichen Ringdübel statisch einwandfrei und rasch.

### 1. Allgemeine Erläuterung. Abb. 1.

#### a) Konstruktion:

Die Enden der doppelten Ober- und Untergerüststäbe werden am Auflager mit drei einfachen Holzern, einer Mittellasche und zwei Seitenlaschen, zusammengefaßt. Der Obergrat überträgt seine

Abb. 1.



Grundriss ohne Obergurt.

wagerechte Druckkraft H bei a-b auf die zwischen den äußeren Enden der Laschen eingeschobenen beiden Futterhölzer F, während die Zugkraft des bei c endigenden Untergurts unmittelbar von den inneren Laschenenden übernommen wird.

b) Statische Berechnung:

Nachdem  $H = U$  ist, ergeben sich für den Anschluß der Futterhölzer und den Anschluß des Untergurts gleich viele und gleich große Ringdübel. Aus der Konstruktion folgt, daß die Zahl der zu verwendenden Dübel vier oder acht ist. Teilt man  $H = U$  durch 4 bzw. 8, so erkennt man sofort, welche Dübelgröße zu wählen ist.

2. Rechnungsbeispiel.

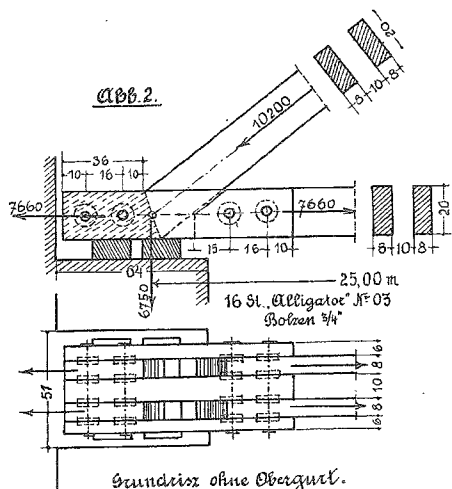
Abb. 2 und zum Vergleich Abb. 6 in Nr. 11. Jahrg. 1931.

$H = U = 7660$  kg.

Bei 8 Dübeln entfallen auf einen Dübel:  $\frac{7660}{8} = 958$  kg.

Verwendet „Alligator“-Ringdübel Nr. 03 mit einer zulässigen Belastung von 1260 kg.

Abb. 2.



Grundriss ohne Obergurt.

### 3. Statt der drei Laschen ein Holz.

Bei Bindern kleinerer Stützweite und dementsprechend geringeren Horizontalkräften kann die angegebene Ausführung noch weiter vereinfacht werden.

In Abb. 3 ist das Auflager eines einfachen Polonceau-Binders dargestellt, von 10,00 m Stützweite und 2,25 m Höhe bei 4 m Binderabstand. Der Obergurt überträgt seine Druckkraft 5500 kg unmittelbar auf die beiden Schräglästen a-b des 16/24 cm starken Auflagerholzes, und die Zugkraft des Untergurts wird von vier Ringdübeln aufgenommen, mit denen die beiden Unterthurthölzer an das Auflagerholz seitlich angeschlossen sind.

Ein Dübel hat aufzunehmen  $\frac{5100}{4} = 1275$  kg; verwendet „Alligator“ Ringdübel Nr. 4 mit einer zulässigen Belastung von 1970 kg. Die im Auflagerholz auftretenden Spannungen sind:

a) Druckfläche a-b:

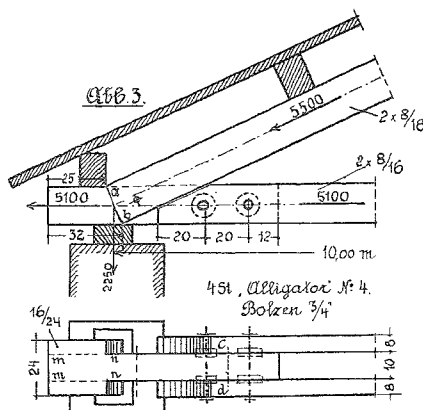
$$F_d = 2 \cdot 7 \cdot 18 = 252 \text{ cm}^2,$$

$$\sigma_d = \frac{5500}{252} = 21,8 \text{ kg/cm}^2,$$

Bei einem Neigungswinkel der Druckrichtung gegen die Faserichtung von etwa  $24^\circ$  und unter Bezugnahme auf die „Vorläufigen Bestimmungen für Holztragwerke“ der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, III, 4 sind zulässig:

$$80 \left[ 1 - \frac{0,4 \cdot 24^\circ}{30^\circ} \right] = 80 \cdot 0,68 = 54,4 \text{ kg/cm}^2.$$

Abb. 3.



Grundriss ohne Obergurt.

b) Scheerfläche m-n:

$$F_s = 2 \cdot \frac{25 + 32}{2} \cdot 16 = 912 \text{ cm}^2,$$

$$\sigma_s = \frac{5100}{912} = 5,6 \text{ kg/cm}^2; \text{ zulässig } 12 \text{ kg/cm}^2.$$

c) Querschnittsfläche c-d:

$$F' = 10 \times 16 = 160 \text{ cm}^2$$

ab Bolzen  $\phi 19 \text{ mm}$ ,  $10 \times 1,9 = 19 \text{ cm}^2$ ,

ab Dübel,  $11,5 \times 2,5 = 29 \text{ cm}^2$ , zusammen

Nutzbar

$$\sigma_z = \frac{5100}{112} = 46 \text{ kg/cm}^2; \text{ zulässig } 100 \text{ kg/cm}^2.$$

Alle auftretenden Spannungen bleiben unter der Hälfte der zulässigen Maße.

## Betonbauten werden geröntgt.

Bauwerke zu röntgen ist nichts Neues mehr. Man hat dieses Verfahren schon angewendet, um bei Stahlbauten die geschweißten Stellen zu überprüfen. Jetzt ist das Röntgenverfahren auch bei Eisenbetonträgern mit Erfolg zur Anwendung gebracht worden. Die Versuche hat die deutsche Reichsbahn angestellt, der zu diesem Zwecke eine ortsbewegliche Röntgenanlage zur Verfügung steht (Brückeneinwagen des Reichsbahnzentralsystems für Bau- und Betriebstechnik).

Zur Durchführung der Aufnahme wird die Röntgenröhre auf der einen Seite, der Röntgenfilm auf der anderen Seite angebracht. Die vorliegenden Aufnahmen lassen klar die Lage der Eisen erkennen. Man denkt, die Untersuchung durch Röntgenstrahlen an-

wenden zu können, beispielsweise bei Verstärkungen, Aufstärkungen usw. alter Gebäude aus Eisenbeton, bei Bauschäden zur Nachprüfung auftauchender Risse und dgl. Aber es ist auch möglich, die Struktur des Betons, allerdings nur in krüppeligen Umrisen zu untersuchen. Bei der Probenerforschung hatte man am Betonträger künstlich ein 24 mm kegelförmiges Loch angebracht. Es zeichnete sich als heller Fleck auf der Platte ab.

Es ist einleuchtend, daß Röntgenuntersuchungen noch mit erheblichen Kosten verbunden sind und nur in Sonderfällen angewendet werden können. Aber die Tatsache, daß derartige Untersuchungen möglich sind, darf als großer Erfolg der Technik gebucht werden.

S. L.

## Wie steht's mit den Bausparkassen?

Bausparkassen unterliegen, wie man weiß, seit kurzem der Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung. Nichts ist bezweifelnder für die Lage der Bausparkassen, als die Tatsache, daß sich von den fast vierhundert Bausparkassen sechzig bis siebenzig überhaupt nicht beim Reichsaufsichtsamt angemeldet haben. Das bedeutet, daß sie vor einer Prüfung des Amtes Angst haben, was wiederum nur den einen Schluß zuläßt, daß sie selbst ihre Geschäftsführung unbefriedigend finden. Die Sparbeiträge, die diesen Bausparkassen überlassen wurden, dürften im wesentlichen als verloren angesehen werden. Solche Bausparkassen, die sich nicht zur Aufsicht angemeldet haben, bestehen zwar noch, d. h. sie sind nicht verboten worden und nicht zur Liquidierung gezwungen. Aber der weitere Geschäftsbetrieb ist ihnen nicht gestattet, so daß die Liquidation früher oder später erfolgen muß — immer vorausgesetzt, daß noch etwas zu liquidieren da ist.

Die ersten Prüfungsergebnisse des Reichsaufsichtsamtes liegen bereits vor. Sie sind in doppelter Beziehung unbefriedigend, einmal was den Inhalt des Berichtes anbelangt, zum anderen die Art, wie dieser Bericht erteilt worden ist.

Das Amt hat in mehreren „Fällen“ entschieden, daß Konkurs zu stellen ist; in anderen „Fällen“ hat es eine Betriebsuntersuchung angesprochen und dabei gleichzeitig in drei Fällen einen Vermögensverwalter eingesetzt.

Offen gestanden, hatte man noch schlimmeres erwartet. Aber es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die ersten Entscheidungen mit dem Anfang einer größeren Säuberungsaktion darstellen, wie dies aus den jüngsten Erkenntnissen bei einer Hamburger Bausparkasse ja auch hervorgeht.

Sehr viel läßt aber die Arbeit des Aufsichtsamtes in bezug auf die Publizität zu wünschen übrig. Es ist eine falsche Zurückhaltung, wenn nur ganz allgemein von „Fällen“ gesprochen wird. Es muß verlangt werden, daß die Entscheidungen unter Nennung der Namen der in Frage kommenden Bausparkassen veröffentlicht werden. Die Entscheidungen des Aufsichtsamtes, die erst in der Berufungsinstanz öffentlich sind, sollten, gerade mit Rücksicht auf die Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen in der ersten Instanz, sofort unter Angabe der Gründe bekanntgegeben werden. Dies muß angesichts des starken Interesses, das die Öffentlichkeit an den Vorgängen im Bausparkassenwesen besitzt, unbedingt verlangt werden.

Es verdient im übrigen hervorgehoben zu werden, daß eine eingehende Bemerkung gegen eine Entscheidung des Amtes, die den Konkurs oder die Untersuchung des Geschäftsbetriebes betrifft, keine anfechtende Wirkung im Gefolge hat.

In diesem Zusammenhang erlangt die Frage besondere Bedeutung, inwiefern es den Bausparern möglich ist, vom Bausparvertrag zurückzutreten. Die wirtschaftliche Lage bringt es mit sich, daß heute mancher, der vor einiger Zeit noch glaubte seinen Bausparvertrag durchhalten zu können, zum Rücktritt gezwungen ist. Eine solche Entwicklung ist naturgemäß für beide Teile, Bausparer und Bausparkasse, unerwünscht. Nichtsdestoweniger ist der wirtschaftliche Druck oft so stark, daß er einfach erfolgen muß, selbst auf die Gefahr hin, daß der Bausparer alle Nachteile allein treffen. Einer geordneten Entwicklung des Bausparkassensgedankens wäre eine Regelung der Rücktrittsmöglichkeit nur förderlich. Schließlich

wird ja ein Bausparer um so eher geneigt sein, sich auf lange Zeit zu binden, je mehr man ihm in der Frage der etwaigen Möglichkeit des Rücktritts vom Vertrage entgegenkommt. Diese Regelung müßte so gestaltet werden, daß beiden Teilen Gerechtigkeit widerfahren wird, denn es dürfen ja auch nicht durch den Rücktritt des Bausparers die übrigen Sparner in ihren Interessen erheblich geschädigt werden.

Welche Rücktrittsmöglichkeiten gibt es da? Die nächstliegende Lösung bestünde darin, daß der Bausparer jemanden fände, der seinen Bausparbetrag beileihen würde. Dies ist aber insofern nicht sehr wahrscheinlich, als der Wert von Bausparverträgen für den Darlehensgeber davon abhängt, ob der Sparner seinen Sparverpflichtungen nachkommt.

Die einfachste Regelung bestünde in der unmittelbaren Beilegung durch die Bausparkasse selbst. Bekanntlich tun dies die Lebensversicherungsgesellschaften bis zur Höhe des Rückkaufwertes der Policen regelmäßig. Bei den Bausparkassen ist das insofern schwieriger, als sie im allgemeinen über wenig liquide Mittel verfügen und durch die Beilegung die Zuteilung der übrigen Sparner verzögern bzw. verkürzen. Mit Recht macht deshalb Erich Carns in „Neumann's Zeitschrift für Versicherungswesen“ den Vorschlag, daß der Beilegungs- bzw. Rückkaufswert nicht zu hoch angesetzt werden darf, um den Bausparer davon abzuhalten, die Auszahlung zu verlangen.

Vorteilhafter für den Sparner ist es jedenfalls, wenn er einen Käufer findet, der in seinen Bausparvertrag eintritt. Hier sollten die Bausparkassen die Voraussetzungen schaffen, daß ein solches Eintrittsrecht ohne erhebliche Schwierigkeit möglich wird.

Oft würde auch dem Bausparer einfach dadurch werden, wenn die Bausparkasse sich mit einer Herabsetzung der Vertragssumme einverstanden erklärt.

Die letzte Lösung wäre schließlich die, daß man den Sparner dadurch vor dem Verlust seiner gemachten Aufwendungen schützt, indem man ihm einen befristeten Sparschein bietet. Der müßte zum Inhalt haben, daß dem Sparner die einzubehaltenen Beträge am Ende der Vertragsdauer ausbezahlt werden. Zusätzlich müßte er billigerweise eine Zinsvergütung erhalten, von der die entstandenen Verwaltungskosten vorher zu kürzen wären.

Man darf nicht verkennen, daß den Bausparkassen gewisse Schwierigkeiten entstehen, wenn sie den Sparner aus dem Vertrage herauslassen. Diese rühren hauptsächlich davon her, daß die verhältnismäßig jungen Unternehmungen zu ihrer vorsichtigen Gesellschaftsführung gezwungen sind. Nichtsdestoweniger wäre eine erleichterte Rücktrittsmöglichkeit, ohne daß der Bausparer dabei alles schlecht wegkومت, im Interesse aller Beteiligten zu begründen, denn wenn die jetzigen Bedingungen solche Möglichkeiten nicht vorsehen, können die eingezahlten Summen erheblich an Wert verlieren, namentlich wenn die Kapitalist eine Zunahme der Bausparer, auf der allein ja das frühere Herankommen der zugeflossenen Gelder beruht, einschränkt.

\* Wir entnehmen diesen Artikel mit freundlicher Genehmigung des Verlages der Halbmastzeitung „Notwinkler“. Herausgegeben in Form von Kurzbereichen von einem Gremium der geschäftspraktischen Autoren des Verlages für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 20, zum „Not“-Preis von 1,20 RM. monatlich.

## Was wird aus dem Siedlungswerk?

Die stetig wachsende Arbeitslosigkeit hat auch dem Siedlungsgedanken neuen Auftrieb gegeben. Man kommt in den beteiligten Kreisen immer mehr zu der Auffassung, daß ein großzügiges Siedlungswerk notwendig ist, um einen löblichen Einfluß auf den Arbeitsmarkt dadurch ausüben zu können. Es war nun bereits 1931, die Ansicht von bekannten Fachleuten der Volkswirtschaft, Sozialpolitik, des Bau- und Siedlungswesens zu hören, die beim Lehrgang: „Die Umstellung im Siedlungswesen“, welchen die Technische Hochschule Dresden vor kurzem veranstaltete, die Schwierigkeiten des Problems beleuchteten.

Durch die dritte Notverordnung ist bekanntlich die kleingärtnerische Siedlung und Stadtrand-siedlung, und die kleinhäuserliche Siedlung zur Ausführung zu bringen. Es sind hinsichtlich Größe und Kosten der Stellen ganz bestimmte Grenzen gezogen und die Erwerbung derselben an bestimmte Voraussetzungen geknüpft.

Für die Kleinsiedlung am Stadtrand sind die Höchstkosten einschl. Land, Geräte, Kleinvieh und Aufschlebung des Geländes auf 3.000 RM, pro Stelle bemessen worden. Davon sollen 2.500 RM. aus öffentlichen Mitteln als Darlehen gegeben werden, während die restlichen 500 RM. durch Eigenarbeit des Siedlers anzubringen sind. Das Land, 200–300 qm pro Stelle, sollen die Städte unentgeltlich bereit stellen, allerdings mit Eigentumsverbindung, also in Erbpacht, etc.

Es wurde zunächst festgestellt, besonders scharf durch Dipl.-Volkswirt Schilling, Dresden, daß auf 200–300 qm Land mit Freilandkultur niemals eine Existenz aufbauen werden könne. Eine solche Stelle könne nur dazu dienen, die Familie selbst mit Frischgemüse und Frischobst zu versorgen. Sie diene also zweifellos der Gesunderhaltung des Volkes. Es sei aber verfehlt, die Hoffnung, daran zu knüpfen, daß diese Siedler als Arbeitsuchende vom Markt verschwinden würden. Agrarkultur-ler, von Meyenburg, Basel, erklärte sogar, daß ein solcher Siedler nur 3–5% seines gewöhnlichen Einkommens an Reinertrag gewinnen könne, und zwar nur dann, wenn er seine eigene Arbeit nicht bewerte. Wo komme das zusätzliche Einkommen her, wenn in den Städten die Industrie erkräge? Das Siedlungswerk in der jetzigen Form, nämlich jemand auf eine Stelle zu setzen, wo er sich nicht ernähren könne, und ohne für sein zusätzliches Einkommen zu sorgen, sei Opium fürs Volk.

Es erscheint auch zweifellos richtig, daß man es unterlassen hat, die Fragen der Arbeitsbeschaffung und Kürzarbeit zu regeln, welche allein dem Siedler die Berufung geben können, daß er annehmbar sein zusätzliches Einkommen auch in der nahegelegenen Stadt gewinnen kann.

Die jetzige Schlüsselung der Zuschüsse deart, daß Städte mit großer Arbeitslosigkeit große Beiläge bekommen, solche mit geringerer Arbeitslosigkeit aber kleinere, erscheint falsch. Die Verteilung müßte vielmehr nach der Möglichkeit des zu findenden Nebenerwerbs erfolgen. Die Siedlung muß der Industrie folgen. Das Baufachmann interessierten dann besonders die Vorträge über das Kleinsiedlerhaus und das kleinhäuserliche Haus, die Dipl.-Ing. Wrede, Dresden, hielt, ergänzt von Prof. Geisler.

Mit den vorgesehenen Höchstkosten könne man bestmöglichst errichten ein Haus mit 1 Wohnküche, 1–2 Schlafkammern, Flur, der zugleich als Waschküche und Kinderspielfeld dienen müsse, teilweise Hausunterkellung für Vorratskeller oder, bei hohem Grundwasserstand, Hochkeller außerhalb des Hauses sowie Dachkammern für Vorräte und evtl. späteren Ausbau weiterer Kammern. Auf alle Annehmlichkeiten, die der großstädtische Arbeiter heute in Neubauvolumen habe, müsse verzichtet werden. Es wird in der Regel nicht möglich sein, Wasserleitungsanschluß herzustellen, besonders auch wegen Einsparung des hohen Wasserzins, der eine dauernde Belastung der Betriebskosten darstelle, die vermieden werden müsse.

Billiger werde oft die Anlage von Abwasserbinnenrinnen sein, von denen je einer auf mehrere Häuser zu rechnen sei, Entwässerung müsse entbehrt werden, ebenso Spülloset. Es sei das Torftrockenloset zu empfehlen. Für den Ofen dürfte sich am besten ein geschlossener eiserner Ofen mit Kachelauflatz eignen, da ein

Heerd wegen der Benützung beim Putzerkochen und Wäschekochen unzweckmäßig sei. Ob man elektrisches Licht einführen könne, sei nicht überall sichergestellt.

Die Baukosten eines solchen Hauses betragen 2600–2800 RM. Davon seien Löhne für Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten 900 RM.

Wenn durch Mithilfe der Siedler 400–500 RM. an diesen Löhnen erspart würden, so sei immer noch 2200–2300 RM. an Baufachmann erforderlich. Man könne also mit den zur Verfügung stehenden 2500 RM. gerade aus, da von den restlichen 200 RM. alle Nebenanlagen und Nebenkosten, Geländeaufschlebung zu decken seien.

In schwierigem Gelände, wie in Sachsen vorherrschend, sei mit den 3000 RM. nicht auszukommen. Daher haben die zuständigen Landessiedlungsgesellschaften bereits eine Erhöhung der Sätze beantragt. Festzustellen wäre, daß ein Berliner Ministerialrat im Berliner Rundfunk erklärte, die Kosten dürften 1800–2000 RM. nicht überschreiten! So unterrichtet man die Öffentlichkeit!

Für das kleinhäuserliche Wirtschaftshaus wurden die Kosten bei 60 qm Wohnraum in einfachster Ausstattung, mit 30 qm Wirtschaftskeller, 90 qm Stallraum und 200 qm Scheunefläche bei 1000 ckm Raumhöhe auf 9.300 RM. ermittelt.

Da auch hierfür seitens des Reichs nur 3000 RM. für die Stelle zur Verfügung gestellt werden, so können nur Arbeiterstellen errichtet werden, welche dann später, wenn es dem Siedler gelingen sollte, sich emporzuhelfen, in Kullbarnstellen und vielleicht Vollbauernstellen zu erweitern wären.

Für eine Vollbauernstelle mit 12–14 ha Land wird auch jetzt ein Preis von 28.000–31.000 RM. errechnet, wobei neben den schon genannten Gebäudekosten noch 9.600 RM. für Land, 8.500 RM. für lebendes Inventar, 4.600 RM. für totes Inventar und 1.600 RM. Wirtschaftsgeld anzunehmen sind.

Hieraus ergibt sich, daß eine Vollbauernstelle auch heute noch einen beträchtlichen Kapitalaufwand erfordert.

Die als Arbeiter anzusiedelnden Kleinbauern aber brauchen auch noch Nebenerwerb, dessen Beschaffung nicht geklärt ist.

Eine der wichtigsten Fragen ist die Arbeitsorganisation der Siedlung. Der Referent, Oberbauart Riener, Dresden, machte sie die Sache sehr leicht. Für ihn gibt es nur drei Wege, die genau beschreiben, nur einer sind: freiwilliger Arbeitsdienst, Selbsthilfe der Siedler und Verbindung von beiden.

Träger der Arbeit ist natürlich die Landessiedlungsgesellschaft und die von ihr beauftragten Tochtergesellschaften. Träger des Dienstes ist eine Arbeitsdienstwilligen-Organisation. Dem Bauergewerbe wurde gütigst zugesandt, daß es Material liefern, Rüstzeug und Geräte darleihen und die Garantie für gute Arbeit übernehmen dürfe.

Es soll die gestellten Dienstwilligen als Arbeiter beschäftigen, und die Ersparnis gegen die Tariflöhne dem Siedlungsunternehmen vergütet.

Die Heranziehung der Architektenschaft für die Anstellungspläne sei anzuraten. Wo Siedler allein bauen, müsse der Architekt als Bauberater und Bauwirtschaftler zugezogen werden.

Seitens der Architektenschaft antwortete Arch. BDA, Lörcher, Berlin, der feststellte, daß der Architekt jetzt mehr Techniker und Rechenmeister sein müsse, als früher, und daß er von den Träumen der Massen-Miets-Hochhäuser abkommen müsse.

Leider kann Bauwirtschaft weder von Arbeitgeber- noch Arbeitnehmerseite zum Wort.

Man kann aber aus den Vorgetragenen schließen, daß die Not der Bauwirtschaft bei den maßgebenden Stellen immer noch nicht erkannt wird. Der Bericht des Deutschen Bauergewerkes, daß Anfang ds. Js. fast 90% seiner Mitglieder arbeitslos waren, ist anscheinend den Herren Bauherren noch nicht zu Gesicht gekommen.

Oder glaubt man, die Bauarbeiter würden sich ohne Lohn an die Spitze der Erwerbslosen stellen, um zu sieden?! Glaubte man im Ernst, daß das Bauergewerbe zwar Rüstungen und Geräte aus seinem Vermögen stellen wird, auch die Verantwortung für die Gite der Arbeit den Leitern der Siedlungsunternehmen, die oft

keine Fachleute sind, abnehmen wird, im übrigen aber ohne Verdienst arbeiten soll?

Es ist tief bedauerlich, daß in einem Lehrgang, in dem Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker sprachen, solche Mißachtung des Baugewerbes zum Ausdruck kam. Ist man noch nicht zu der Überzeugung gekommen, daß an der riesenhaften Arbeitslosigkeit gerade das Darniederliegen, das künstliche Totmachen des Baugewerbes schuld ist?

Die Veranstalter der Dresdner Tagung, als deren führenden Kopf

man Prof. Miesmann, Dresden, erkannte, haben sicher das Beste gewollt. Sie haben auch durch einen großangelegten Plan alle Seiten des Problems beleuchten wollen, was ihnen zu danken ist. Es ist aber festzustellen, daß gerade die Angehörigen des Baugewerbes selbst versagt haben. Sie hätten von der Stielungsbewegung, wie sie jetzt aufgezo-gen werden soll, das sagen sollen, was ist: Opium fürs Volk.

Bauging. Rauchbach, Dresden.

## Kurze Nachrichten aus dem Baugewerbe.

**Wieder einmal Schwarzarbeit.** Welche Unsummen für Schwarzarbeit ausgegeben werden, beweist eine Zusammenstellung des Reichsbundes des deutschen Maler- und Lackiererhandwerks, wonach eine Erhebung in lediglich 5,1 Prozent der durch die Organisation erfaßten Orte eine Vergebung an 1483 Schwarzarbeiter bei 1138 Auftraggebern in einem Werte von 1842 430 RM. ergab. Es ist schon richtig, daß es sehr schwer ist, die Welt dieses Übels zu packen, weil letzten Endes die Schwarzarbeit hauptsächlich in der unzureichenden Not unserer Tage, die so viele Menschen zur Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit verurteilt, ihren Ausgangspunkt nimmt, aber gerade aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich auch der Widerstand, der Kampf des Handwerks gegen diese nicht mehr zu ertragende Konkurrenz.

—oh—

**Sanierung aus Staatsmitteln.** Der Preussische Minister für Volkswirtschaft will im Einvernehmen mit dem Finanzminister der „in Schwierigkeiten geratenen“ Gemeinnützigen Heimstättenbaugenossenschaft Rosenberg OS. finanziell unter die Arme greifen. Es sollen 173 000 RM. zur Vermeidung von Zwangsvollstreckung und zur Abdeckung der Kredite zur Verfügung gestellt werden, wenn die Rentabilität der Genossenschaft gesichert ist und die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Die Gläubiger dürften meistens Handwerker sein. Ob der Staat auch diesen helfen wird, wenn sie durch Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen in Schwierigkeiten geraten?

**Genossenschafts-Dämmung.** Die „Gewobau“ (Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft) in Braunschweig, ein Tochterunternehmen einer großen (roten) Hamburger Baugenossenschaft, ist in Konkurs geraten. Vor 3 Jahren hatte dieses gemeinnützige Unternehmen mit Unterstützung der damaligen Regierung ein Gelände mit 500 Wohnungen bebaut, die Bauten waren aber zu teuer, so daß jetzt die Mieten nicht mehr bezahlt werden können und bereits leerstehen. Der braunschweigische Staat dürfte bei diesem Konkurs mit einem Verlust von 2,2 Millionen betroffen werden, da diese Hypothek an letzter Stelle steht und wohl ausfallen wird! **Bargeldloses Bauland.** Die Stadt München stellt neuerdings zur Errichtung von Eigenheimen Bauland ohne Barzahlung zur Verfügung. Es wird anstatt eines Kaufpreises eine 2. Hypothek eingetragen, die mit 3% verzinst und mit 1% getilgt werden muß. Voraussetzung für die Erlangung von Bauland zu diesen Bedingungen ist, daß noch in diesem Frühjahr mit dem Bau begonnen wird. — Gar manche Stadt hat einen großen Besitz an barem Geld und könnte auf gleiche Weise mit zur Belegung des Baumarktes beitragen. —

**Verwaltungen, — aber Wohnungen?** — — Waldenburg ist bekanntlich ein besonders armer Landstrich unseres an und für sich sehr armen Vaterlandes. Dort hausen Bergarbeiter-Familien zu 6 bis 10 Personen in einem Zimmer, oft 2–3 Familien. Das Elend in weiten Volkskreisen ist dort groß. — Nan hat sich das Reich ins Mittel gelegt und — natürlich unter Einschaltung einer Treuhandgesellschaft, — dort Siedlungen gebaut. Der preussische Staat wollte nicht zurückstehen. Noch nicht allzulange steht in Waldenburg ein riesiger Gebäudekomplex, sauber, schön in der Anlage, sehr zentral gelegen, die Schlupfkaserne mit ihren Nebenbauten. Wie ein prächtiges Schloß erhebt sich der mächtige Baukomplex aus seiner Umgebung und schaut geringsschätzig auf die Privat- und Geschäftshäuser nieder. — Da nun in Waldenburg — wie überall oder noch mehr — die Arbeitslosigkeit die Wurzel des Elends ist, beschloß der Vater Staat, Arbeit zu schaffen durch ein großzügiges Bauprogramm. Doch nicht billige Wohnungen,

an denen noch ein Mangel ist, sondern ein in seinen Ausmaßen einem Ortskrankenkassenpalas nicht nachstehendes Verwaltungsgebäude für die oben erwähnte Kaserne (wie der Volksmund sagt, Gummiknippelkirche), ein Polizeipräsidium. — Früher, in großer Vorzeit nannte man Preußen „das Land der Schulen und Kasernen.“ Heute würde die Bezeichnung: „das Land der Polizeipräsidien und Finanzämter“ besser passen. — — Aber, es ist doch schon ein schlechtes Zeichen für ein System, wenn es statt der notwendigen Wohnungen — Polizeipräsidien bauen zu müssen glaubt. Denn: „... Liebe des Vaterlandes, Liebe des freien Mannes ...“ — — Und außerdem sind es unsere Steuern, Herr Fiskus.

**Der „Segen“ unserer Wohlfahrt.** Vor dem Breslauer Landesarbeitsgericht tobt ein Streit. 227 Steinbrucharbeiter klagen gegen die Vereinigten Schlessischen Granitwerke auf Zahlung von Lohn für die Dauer von 4 Wochen, rund 30 000 RM. Begründet wird die Klage mit der Behauptung, die Entlassung bedeute eine Stilllegung von Betriebsanlagen. Als solche Betriebsanlagen werden — die Handwerkszeuge bezeichnet (die Maschinen laufen weiter unter der restlichen Belegschaft. Das Arbeitsgericht Breslau hat die Klage abgewiesen. Hierauf erfolgte Berufung beim Landesarbeitsgericht Breslau, welches die Beklagten, also die „Vereinigten Schlessischen Granitwerke in Breslau“ zur Zahlung verurteilt. Auf die erfolgte Revision beim Reichsarbeitsgericht wurde die Auffassung des Landesarbeitsgerichts Breslau, welche zur Verurteilung der Beklagten geführt hat, als irrig und zur erneuten Verhandlung an das Landesarbeitsgericht in Breslau zurück verwiesen. Im Oktober 1931 erging ein zweites Urteil des Breslauer Landesarbeitsgerichts, welches wieder der Klage stattgab. — Ende Dezember 1931 hat das Reichsarbeitsgericht dieses Urteil nochmals aufgehoben. — Am 6. Mai 1932 stand nun diese Klage zum dritten Mal zur Verhandlung vor dem hiesigen Landesarbeitsgericht an und wieder hat dasselbe der Klage stattgegeben! Das Reichsarbeitsgericht wird sich nun zum dritten Mal mit dieser Sache beschäftigen müssen. — Wir erwähnen diese Tatsache nur deshalb, um die Einstellung der Richter und Beisitzer des Landesarbeitsgerichts Breslau kennen zu lernen, denn es dürfte bisher ein Novum in der deutschen Rechtsprechung sein, daß trotz zweimaliger gegenteiliger Entscheidung des höchsten Gerichtshofes die vorhergehende Instanz auf ihrem Standpunkt beharrt. Hierin liegt der Schlüssel, daß bei uns immer weniger Schornsteine rauchen und die ganze Wirtschaft ein Friedhof ist!

Fi.

**„Freiwilliger“ Arbeitsdienst.** Eine neue Vorlage über den freiwilligen Arbeitsdienst besagt, daß alle Arbeitslosen unter 25 Jahren dem freiwilligen Arbeitsdienst zugeführt werden können. Warum geht man so zaghaft damit um und scheut sich so vor der endgültigen Arbeitsdienstpflicht? Es ist doch nur ein kleiner Schritt. Und Arbeit gäbe es dafür wahrlich genug. Wieviel Felder sind noch zu meliorieren, wieviel Sumpfgebiete trocken zu legen! Und mit unseren Landstrafen können wir zum größten Teil auch keine große Ehre einlegen. Bei einem großzügigen Einsatz der Arbeitsdienstpflichtigen würden auch andere Gewerbe- und Handwerkszweige angeluertet werden. Man brauchte Baracken, Kasernen, Kleidung und Schuhwerk, Essen und Trinken — und sparte dafür die Arbeitslosen-Unterstützung. Und wieviel technisches und Aufsichtspersonal wäre untergebracht und in den Wirtschaftsprozess eingebracht! — Die Zeiten sind doch wirklich so, daß endlich einmal energische Maßnahmen zur Lösung der Arbeitslosenfrage getroffen und durchgeführt werden müssen, um damit gleich die so viel versprochene und beabsichtigte Aufbebung der Wirtschaft zu beginnen.

O



## Baunormung.

**Prüfverfahren für natürliche Gesteine.** Der Normenausschuß hat Entwurfs für die Prüfung natürlicher Gesteine auf Grund eines Beschlusses des „Deutschen Verbandes f. d. Materialprüfungen der Technik“ aufgestellt, und zwar für die Ermittlung der Schlagfestigkeit (DIN, Entwurf I DUM 2107) und des Mindestwertes gegenüber der Abnutzung durch Schleifen (DIN, Entwurf I 2108). Beide Verfahren sollen angewandt werden für die Güteprüfung von Pflastersteinen. Die Schlagfestigkeit wird an Probewürfeln von 4 cm Kantenlänge mit dem Föpplischen Fallwerk, und zwar mit einem Bärgegewicht von 50 kg und bei 1,5 m Fallhöhe erprobt bis zum Bruch. Sie läßt sich aus den Beziehungen zwischen Schlagarbeit, Rauminhalt der Probe und Anzahl der Schläge errechnen, wofür in dem Normblatt Formel und Rechnungsschema angegeben werden. Die Abnutzbarkeit durch Schleifen wird nach dem Verfahren von Böhme ermittelt an platten- oder würfelförmigen Körpern von 7,1 cm Kantenlänge (50 cm Fläche). Sie werden auf eine Schleifscheibe unter Belastung von 20 kg unter Verwendung eines Normschmirzels abgeschliffen. Aus dem Gesamtgewichtsverlust nach viermal 110 Schleifumdrrehungen wird mit Hilfe des Raumgewichts des Steines der Verlust in Kubikzentimeter berechnet.

**Endgültig erschienene Normblätter.** Vom Deutschen Normenausschuß, Abteilung Baunormung wurden seit Januar 1931 folgende Normblätter abgeschlossen: DIN 4100 Vorschriften für geschweißte Stahlbauten; DIN 280 Parkettstöße, Abmessungen, Beschaffenheit des Holzes Bearbeitung; DIN 1059 Zementeschwammsteine aus Bims Kies; DIN 1066 Prüfverfahren für feuerfeste Baustoffe, Nachschwinden (NS) und Nachwachsen (NW); DIN 1068 Bestimmung des Widerstandes gegen schockartigen Temperaturwechsel, Temperaturwechsel-Beständigkeit (TWB); DIN 1069 Beständigkeit gegen den Angriff fester und flüssiger Stoffe bei hoher Temperatur, Verschleißbeständigkeit (VB); DIN 1071 Straßenbrücken, Abmessungen (3. Ausgabe September 1931); DIN 1071 Beiblat Straßenbrücken, Abmessungen, Erläuterungen (3. Ausgabe September 1931); DIN 1072 Straßenbrücken, Belastungsannahmen (3. Ausgabe September, 1931); DIN 1072 Beiblat Straßenbrücken, Belastungsannahmen, Erläuterungen (3. Ausgabe September 1931); DIN 1073 Berechnungsgrundlagen für stählerne Straßenbrücken; DIN 1087 mit Beiblat, Gütenormen für feuerfeste Baustoffe, Hochofensteine; DIN 1088 mit Beiblat, Gütenormen für feuerfeste Baustoffe, Siemens-Martin-Offenheerde; DIN 1221 Schachteldeckungen für Fahrbahn, Schmutzfänger, Kennmaß 500, 600 und 700 (2. Ausgabe 2. April 1931); DIN 1227 Schachteldeckungen für Gehbahn, Schmutzfänger (2. Ausgabe Juli 1931); DIN 1241 Blendrahmenfenster, Fensterscheibenmaße (2. Ausgabe Juli 1931); DIN 1258 Bl. 1 Schiene 148/49; DIN 1258 Bl. 2 Lachen für Schiene 148/49; DIN 1109 Dachfenster mit flachen Eindeckrahmen, Außenseiten; DIN 1110 Dachfenster mit flachen Eindeckrahmen, Flußseite verzierte; DIN 1356 Bauzeichnungen im Hochbau. DVM 1043 Bl. 1 Traß, Begriff, Eigenschaften; DVM 1043 Bl. 2 Traß, Prüfverfahren; DVM 1043 Bl. 3 Traß, Traßnormen-Kalkül, Normensatz, Prüfverfahren; DVM 1101 Prüfverfahren für natürliche Gesteine, Probeentnahme und gesteinskundliche Untersuchung.

## Schulwesen.

**Höhere Technische Staatslehranstalt für Hoch- u. Tiefbau Deutsch-Krone.** Oberstudienrat Dr.-Ing. Krieger ist zum Studiendirektor der Höheren Technischen Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau in Deutsch-Krone ernannt worden.

**Jahresbericht der Gesellschaft von Freunden der Technischen Hochschule Breslau.** Der soeben erschienene Jahresbericht der „Gesellschaft von Freunden der Schlesischen Technischen Hochschule zu Breslau (e. V.)“ für das Geschäftsjahr 1930/31 läßt erkennen, wie sehr der hier zusammengeschlossene Freundeskreis der Hochschule trotz der Not der Zeit nach Kräften weitergeholfen hat. Die immer geringer werdenden Zuschüsse des Staates geben dem Vorstand Veranlassung, zu intensiver Werbung neuer Mitglieder aufzurufen und gleichzeitig den bisherigen Mitgliedern und Spendern außerordentlich Beiträge herzlich zu danken.

## Verschiedenes.

Die Handwerkskammer Düsseldorf hat die Absicht, Vorbereitungskurse auf die Meisterprüfung im Maurer- und Zimmerergewerbe einzurichten. Die Kurse umfassen die Stoffgebiete: Baukonstruktion und Bautechniken, Hochbaukunde, Statik und Festigkeitslehre,

Baubetriebslehre, Veranschlagungen, Abrechnung, Werkstoffkunde, berufskundliches Rechnen, rationelle Betriebsführung. Sie werden voraussichtlich in 320 Unterrichtsstunden auf vier Halbjahre verteilt. Die Höhe der Unterrichtsvergütung ist abhängig von der Anzahl der Teilnehmer. Die Wahl des Unterrichtsstoffes wird sich nach dem Wunsche der Teilnehmermehrheit richten. Die Abgrenzung des Unterrichtsstoffes erfolgt in enger Verbindung mit den Bedürfnissen der Baupraxis. Auch die Unterrichtsmethode entspricht dem Erfahrungskreise von Büro und Baustelle. Maurer- und Zimmerergesellen mit guter Volksschulbildung, die sich in ihrer arbeitsfreien Zeit eine gute fachliche Weiterbildung aneignen wollen und die Absicht haben, die Meisterprüfung im Baugewerbe abzulegen, wird die Beteiligung besonders empfohlen. Anmeldungen sind zu richten an die Handwerkskammer Düsseldorf, Breite Straße 7.

**Pfändungsverbot für Arbeitsgerät und Maschinen von Handwerkern.** Nach § 811 der Zivilprozeßordnung können bei einem Handwerker die zur persönlichen Fortsetzung seiner Erwerbstätigkeit unentbehrlichen Gegenstände nicht gepfändet werden. Das Landgericht Hamburg hat durch ein Urteil entschieden, daß sich das Pfändungsverbot für Arbeitsgeräte und Maschinen von Handwerkern nicht nur auf in Benutzung befindliche Maschinen und Arbeitsgeräte erstreckt, vielmehr auch auf solche Einrichtungen, die zur Zeit der Pfändung stillstehen. Erst dann, wenn der Handwerker seine Erwerbstätigkeit endgültig aufgibt oder zu einem anderen Beruf übergegangen oder überhaupt nicht mehr berufstätig ist, sei die Pfändbarkeit der Maschinen und Arbeitsgeräte gegeben.

## Bücherschau.

**Schallsichere Decken und schalldämpfende Fußböden**, von Friedrich Huth, Architekt, mit 5 Tabellen und 38 in den Text gedruckten Abbildungen, Friedrich Huth's Verlag, Berlin-Charlottenburg 4; 104 Seiten Großoktav, Preis 6,90 RM.

Im Gegensatz zu den vielen theoretischen Betrachtungen, wissenschaftlichen Untersuchungen und umfangreichen Berichten über schalltechnische Prüfungsergebnisse enthält das vorliegende Werk eine klare u. schlichte Darstellung der wichtigsten schalltechnischen Aufgaben im Hochbauwesen u. bezügliche Lösungen. Der Verfasser betont im Vorwort seines Buches, daß er mit einem größeren Werke über „Schalltechnik im Hochbau“ beschäftigt, sich entschlossen habe, diesen bereits vollendeten Teil über die schallsicheren Decken und schalldämpfenden Fußböden der Öffentlichkeit zu übergeben, um im Jahre der „Deutschen Bauausstellung“ dem Praktiker, der mit den gelehrten Schriften über diesen Gegenstand größtenteils nichts anzufangen wisse, Konstruktionsbeispiele aus der Baupraxis mitzuteilen, nach denen er unmittelbar zu arbeiten vermöge. Die schalltechnischen Versuche sind nur so weit berücksichtigt, als sie für den praktischen Baumeister von Bedeutung sind. Zahlreiche Strichzeichnungen ergänzen den Text, in welchem auch die Ergebnisse des Wettbewerbs für den wirtschaftlichen Massiv-Deckenbau eingehende Berücksichtigung gefunden haben. Ein ausführliches Sachregister erleichtert das schnelle Auffinden aller in Betracht kommenden Konstruktionsweisen, Isolierstoffe etc. Das Buch wird dem Praktiker gute Dienste leisten.

„Die Zentralheizung und ihre Bedienung“, mit einem Anhang „Die Prüfung des Brennstoffverbrauches“ und „Die Verteilung der Heizkosten in Mietshäusern“, von Dr.-Ing. H. Dietrich, 3. erweiterte Auflage (7. bis 10. Tausend), in Ganzleinen geb. 3,50 RM. Industrie-Verlag Carl Haenchen, Halle a. S.

Nachdem die beiden ersten Auflagen dieses Buches in wenigen Monaten vergriffen waren, liegt jetzt bereits die 3. erweiterte Auflage vor. Das in seiner Art einzig dastehende Taschenbuch hat sich in der Praxis ausgezeichnet bewährt, es ist von vielen Behörden und Ministern sowie vom Reichskohlenrat bestens empfohlen. Wer Wert darauf legt, daß seine Zentralheizung ordnungsmäßig bedient wird und daß dadurch die Ausgaben für Brennstoffe auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden, wer sich über alle vorkommenden Störungen im Heizbetrieb und deren Beseitigung unterrichten will, dem sei die Anschaffung des in allgemein verständlicher Form geschriebenen Buches bestens empfohlen. Von besonderem Interesse ist auch der neu aufgenommene Anhang über die Prüfung des Brennstoffverbrauches und die Verteilung der Heizkosten. Die geringe Ausgabe lohnt sich unter allen Umständen.

## Vorstädtische Kleinsiedlung.

Die Reichsgruppe Bauindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hat nachstehende Eingabe an den Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung gerichtet und um Berücksichtigung der Vorschläge bei Herausgabe neuer Richtlinien gebeten.

1. In der Fachgruppe Bauindustrie zusammengekommenen Bauwerkverleihen Spitzenverbände sowie auch vor dem Standpunkt, daß die Errichtung der vorstädtischen Randsiedlung durch die private Bauwirtschaft mindestens ebenso billig vorgenommen werden kann wie im Selbsthilfeverfahren. Obwohl in der Regelverfügung vom 10. November 1931 zu den Richtlinien zur vorstädtischen Kleinsiedlung unter III. den Trägern des Siedlungsverfahrens empfohlen worden ist, bei der Vorbereitung und Durchführung der Siedlungen die Grundbesitzer sparsamer Wirtschaft vorzuziehen ist, zunächst einzuschalten, ist nach den uns aus unseren Bezirken zugegangenen Mitteilungen überwiegend dem Selbsthilfeverfahren der Vorzug gegeben worden. Wir führen dies darauf zurück, daß — ob bewußt oder unbewußt — lassen wir dahinstehen, ob hinsichtlich der entstehenden Kosten bei der Durchführung im Selbsthilfeverfahren eine Verschleppung stattgefunden hat. Bei der Errichtung eines Siedlungsgebietes treten Baunternehmer gegen sämtliche durch den Bau entstehende Kosten — Materialkosten, Löhne, Sozialbeiträge, Steuern usw. — bei der Abrechnung in die Erschöpfung. Beim Selbsthilfeverfahren wird nur ein Teil der Kosten auf den Bau verrechnet; ein anderer Teil der Kosten, der nicht zu gering ist, entsteht zwar ebenfalls, aber er wird nicht beim Bau, sondern an anderer Stelle verrechnet, z. B. die Entlohnung der Sozialbeiträge, die der Erwerbslosen die Weiterzahlung der Arbeitslosenversicherung (Lohnaufwand beim Unternehmern) die Fahrlospemöglichkeit für den selbstbauenden Siedler, Kosten für die Verarmung des Siedlers mit den primitivsten Grundstücken des Bauvorgesangs, Kosten für die Geräte, Gerüste, Baubuden, Latrinen usw., das Werkzeug, z. B. Sägen, Beile, Spaten, Picken, Kreuzhacken, Schaufeln, Hammer Tragvorrichtungen für Holz und Steine, die Einrichtung zur Mörtelbereitung usw., die vom öffentlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden müssen, werden durch den Unternehmer in Erscheinung tretender Kostenanteil, die abzuführenden Steuern, fällt grundsätzlich aus, d. h. es entsteht der öffentlichen Hand ein entsprechendes Mandateinkommen. Die Aufzählung aller ständigen Kostenelemente ist damit durchaus noch nicht erschöpft. Jedenfalls kann u. E. der Nachweis erbracht werden, daß, wenn alle durch den Siedlungsbauplan volkswirtschaftlich entstehenden Kosten durch beim Selbsthilfeverfahren auf den Bau entfallen werden, dieser nicht billiger sein wird, als wenn er vom Unternehmer erstellt wird. Auf die infolge der größeren Sachkenntnis des Unternehmers qualitativ bessere Ausführung, sowie auf seine Gewährleistungspflicht weisen wir mit nebenbei hin.

Wir möchten auf Grund vorstehender Ausführungen anregen, die Regelverfügung unter II. Inhalt der Anträge so auszugestalten, daß der einzureichende Finanzierungsplan nicht als ein vollständig abschließend durch den Bau entstehenden Kosten, die beim Unternehmer auf diesen zu verrechnen sind, enthält. Wir glauben, daß durch eine derartige Verzichtung die Träger des Siedlungsverfahrens in erhöhtem Maße angehalten werden, zu prüfen, ob man noch weiter in hohem Maße auf die Mitwirkung der Unternehmer verzichten will.

Im übrigen gestatten wir uns, hinsichtlich einer Kostenkennung bei Unternehmerverfahren darauf hinzuweisen, daß bekanntlich das Reichsarbeitsministerium in Zusammenarbeit mit den sozialpolitischen Verbänden und Gewerkschaften Arbeitsmöglichkeiten für Lehrlinge, die angesichts des Damierleidens des Baumarktes beschäftigungslos sind, schaffen will. Durch eine starke Heranziehung von Lehrlingen im letzten Lehrjahr bei der Errichtung der Siedlungsbauwerke ließe sich sowohl das vom Reichsarbeitsministerium ersuchte Ziel als auch die billige Errichtung der Siedlungsbauwerke erreichen.

2. Nach den Richtlinien A. 2b kommen nur Erwerbslose oder Kurzarbeiter als Siedler in Frage. Wir sind der Ansicht, daß man den Kreis erweitern sollte, und zwar auf solche Personen, die ein bestimmtes Eigenkapital nachweisen können und dies in eine derartige Siedlung hineinstecken wollen, sofern sie auch eine Förderung mit öffentlichen Mitteln erfahren, die sich allerdings in bescheidenen Grenzen halten könnten als bei den Erwerbslosen. Es würde dadurch erreicht, daß nicht geringe Beträge in den Kreis der Wirtschaft einfließen würden.

3. Voraussetzung für eine derartige Erweiterung des Kreises der zu fördernden Siedler wäre allerdings u. E., daß die unter Ziffer 4 genannte Kostengrenze von 3000 Reichsmark erhöht werden müßte. Unter Annahme des vorhandenen Eigenkapitals haben wir eine Erhöhung auf 4500 RM. für tragbar, da sich dann die Lasten des Siedlers im bisherigen Rahmen halten ließen, also für ihn tragbar blieben. Die Erhöhung der Kostengrenze würde einen Kostenanstieg ermöglichen, der dem Siedler eine wirkliche Freude an seinem Eigenbau schaffen würde.

4. Nach B. Ziffer 1 der Richtlinien sind die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände Träger des Siedlungsvorhabens. Sie können ihre Trägerschaft auf Wohnungsfürsorgegesellschaften, gemeinnützige Siedlungsunternehmen und dergleichen übertragen. U. U. ist unter „dergleichen“ immer nur eine Organisation zu verstehen, die als „gemeinnützig“ anerkannt ist. Wir möchten anregen, auch hinsichtlich der Übertragung der Trägerschaft eine Erweiterung statuten zu fassen, in der Weise, daß auch industriellen Unternehmungen, Zusammenschlüssen von Bauunternehmern oder auch einzelnen Baufirmen, die im übrigen die an gemeinnützige Organisationen gestellten Voraussetzungen erfüllen und die erforderlichen Sicherheiten bieten, die Trägerschaft übertragen werden kann.

Neben den vorstehenden Anregungen der bauwerkverleihen Spitzenverbände gestatten wir uns, auf Vorschläge zur Förderung der privaten Bauwirtschaft der Arbeitsgemeinschaft des Rheinisch-Westfälischen Bauwerkverbandes e. V. Essen, und des Reichsverbandes industrieller Bauunternehmungen e. V. Gruppe Rheinland und Westfalen, Düsseldorf,

hinzuwiesen, die sich ebenfalls mit der vorstädtischen Randsiedlung befassen. Ein Exemplar dieser Vorschläge fügen wir bei. Wir weisen insbesondere auf die vorgeschlagene Einschaltung der Sparkassen bei der Finanzierung der Siedlungen hin.

Wir bitten, unsere Anregungen bei der endgültigen Fassung der neuen Richtlinien zu berücksichtigen. Zu etwaigen vorherigen mündlichen Erörterungen sind wir gern bereit.

## Die Preussische Wohnungskreditanstalt.

In unserer Nummer 9 haben wir bereits kurz über die von der Preussischen Staatsregierung erfolgte Gründung der Preussischen Wohnungskreditanstalt berichtet. Die Verordnung hierzu ist inzwischen in der Preussischen Gesetzessammlung Nr. 25, Seite 175, erschienen. Aufhau der Wohnungskreditanstalt ist die Gewährung oder Gewährleistung zweistufigen Grundkredits zur Förderung des Kleinhauseigentums und der Siedlungsgründung. Der Kredit wird in der Hauptsache nicht landwirtschaftlich, sondern für die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Gartenland dienen. Das Ziel ist, die Abwanderung vom Lande zu beschränken und die Abwanderung aus den Städten zu stärken. Um diese Aufgaben zu erfüllen, darf die Wohnungskreditanstalt langfristige Darlehen aufnehmen, Bürgschaften für zweistufigen Grundkredit übernehmen und sich an Unternehmern, die die Bewirtschaftung von Grundstücken betreiben. Man rechnet damit, daß die Wohnungskreditanstalt für 900 Mill. RM, preussische Hauszinssteuerhypotheken (die restlichen 2,6 Milliarden RM. gehören den Gemeinden) zu verwalten haben wird.

Der Wohnungskreditanstalt können auch weitere Aufgaben übertragen werden. Die Anstalt darf Grundstücke und Erbbaurechte zur Verpfändung von Verlusten an Darlehen usw. erwerben. Weitere Ausführungsvorschriften für diese Gründungsordnung werden noch ergehen. Es ist damit zu rechnen, daß die Anstalt auch die Gewährung von Darlehensgesuchen an die in der Gründung befindliche Wohnungskreditanstalt richten. Die Preussische Wohnungskreditanstalt wird der Preussischen Landespfandbriefanstalt angeschlossen.

Nach Ausführungen des Staatsministers Hirtfelder wird die Anstalt ermächtigt, nachstehende Darlehen selbst zu gewähren oder zu verbürgen. Insbesondere die Übernahme von Bürgschaften erscheint für die Zukunft als ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeit der Anstalt. Es ist zu erwarten, daß die Anstalt derartige Kredite für den Wohnungsbau heranzuziehen.

Die Bürgschaft der Wohnungskreditanstalt, hinter der die Haftung des preussischen Staates steht, wird es ermöglichen, von öffentlich-rechtlichen Realkreditinstituten und von Hypothekenbanken, von Sparkassen oder anderen Vermögensträgern sowie von privater Seite zweite Hypotheken zu erhalten. Zur Rückversicherung der Darlehens- und Bürgschaftsverpflichtungen der Wohnungskreditanstalt ist zur Abdeckung etwaiger Verluste eine zweistufige Rückversicherung bei der Anstalt aus noch verfügbaren Hauszinssteuermitteln und den Rückflüssen der ausgebenen Hauszinssteuerhypotheken, also ohne Hauszinsnahme an allgemeiner Staatsfonds, ein Bürgschaftsfonds gebildet.

## Man schützt das Handwerk.

Aber nicht im Reiche, sondern in — Danzig.

Einführung der Handwerkerkarte.

Man spricht in deutschen Parlamenten so viel von der Überbürdung des Handwerks, und man behandelt auch die zahllosen Klagen über die Schwarzarbeit. Aber zu einer Tat, um den Zuwachs im Handwerk einzudämmen und die Schwarzarbeit unmöglich zu machen, ist es bis heute noch nicht gekommen. Man redet, redet, aber zum Handeln reicht die Scheinart der Karte nicht.

Da hat uns Danzig ein Beispiel gegeben, die freie Stadt, die unter dem Polentum schwer zu leiden hat.

Es wurde die Handwerkerkarte eingeführt. Diese Karte soll zunächst den Zweck haben, die Entfernung von bernsteinfarbenen Elementen aus dem Handwerk zu erreichen. Noch ist diese Handwerkerkarte nur eine kurze Zeit in Gültigkeit, aber schon darf festgestellt werden, daß der Zweck erreicht ist. Was bedeutet die Handwerkerkarte weiter? Vor allem dies: Diejenigen jüngeren Handwerker, werden von der Einführung eines selbständigen Handwerksbetriebes ausgeschlossen, die nicht mindestens 27 Jahre alt sind. Es können also nicht mehr die Fälle eintreten, wo jüngere Personen, teils ohne, teils mit einer ordnungsmäßigen Lehrzeit, teils ohne, teils mit einer bestandenen Gesellenprüfung sich sofort selbständig machen und dem alten erfahrenen Handwerker Arbeit und Brot von den Scheidpreisen wegnehmen.

Und die Schwarzarbeit wird durch die Handwerkerkarte nahezu unmöglich gemacht. Selbständige Arbeiter darf nur derjenige ausführen, der einen selbständigen, genehmigten Betrieb hat und — im Besitze einer Handwerkerkarte ist. Gibt ein Meister seinen selbständigen Betrieb auf, so ist er verpflichtet, die Handwerkerkarte zurückzugeben. — Es ist keine Frage, daß bei der Durchführung der Bestimmungen über die Benutzung der Handwerkerkarte Härten sich nicht vermeiden lassen. Aber ein Gesetz ohne Härten gibt es nicht. Durch die Einführung der Handwerkerkarte ist das starke Prinzip der Gewerbefreiheit endlich durchbrochen worden, und man muß der Handwerkskammer in Danzig bestätigen, daß sie einen Erfolg erzielt hat, um den sie die sämtlichen deutschen Handwerkskammern beneiden müssen.

Nun werden wir zu beobachten haben, wie sich die Reichsregierung zu dieser Sache stellt.

## Aus der baugewerblichen Submissionspraxis.

Ein Oberpostamt hatte die baugewerbliche Öffentlichkeit mit der Mitteilung überrascht, daß die Vergabe von Aufträgen unter Berücksichtigung vorliegender Nebenumstände an den Mindestfordernden volkswirtschaftlich gerechtfertigt sein könnte.

Auf Veranlassung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks nahm der Reichspostminister hierzu Stellung. Er verneinte die Ansicht